

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 10/2007
vom 01.06.2007

EUROPABERICHT NR.: 10/2007
Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 21. – 24.05.2007 IN STRAßBURG

Im Mittelpunkt des Plenums standen die beiden Debatten zur Zukunft Europas mit dem italienischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Kommissionspräsidenten *Romano Prodi*, der sich für den Erhalt der Substanz des Verfassungsvertrages aussprach und die Option eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ ins Spiel brachte, und dem niederländischen Ministerpräsidenten *Jan Peter Balkenende*, der den Begriff Verfassung ablehnte und eine grundlegende Überarbeitung des Vertrags forderte. Weitere Schwerpunkte waren die Empfehlungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (s. bereits EB 06/07) und der Besuch des russischen Oppositionspolitikers und ehemaligen Schachweltmeisters *Garry Kasparow*.

Im gesetzgeberischen Bereich ist die Einigung zwischen Rat, Parlament und Kommission und die darauf basierende 1. Lesung zum Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen hervorzuheben. Weitere wichtige Ergebnisse sind im Umweltbereich die dritte und letzte Lesung für das Umweltprogramm LIFE+ mit einem Budget von 2,143 Mrd. € von 2007-2013 und die erste Lesung zur Vermeidung und Begrenzung der Wasserverschmutzung durch chemische Stoffe. Zudem unterstützte das EP die Mitteilung der Kommission, den Verlust der Biodiversität aufzuhalten. Weiter hat das Plenum in 2. Lesung den Gemeinsamen Standpunkt des Rates für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für die TEN Verkehr und Energie ohne Änderungen gebilligt. Ebenfalls in 2. Lesung wurde das Programm "DAPHNE III" zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen mit einer Mittelausstattung von über 116 Mio. € angenommen. Berichterstatterin ist die bayerische Europaabgeordnete *Lissy Gröner* (SPD). Der Bericht zur Annäherung der Verbrauchsteuersätze auf Alkohol wurde zurück in den Ausschuss verwiesen. In Form von Initiativberichten wurde ein weitest möglicher Zugang zu Gesundheitsdiensten in Europa, die Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle, u.a. durch Mindestlöhne in der gesamten EU, die Maximierung der Wirkung der EU Regionalpolitik, eine breit angelegte Innovationsstrategie der EU, die Entwicklung eines strategischen Konzepts zur

Bekämpfung des organisierten Verbrechens sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch Handelsliberalisierung gefordert (s. zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_infopress/default/default_de.htm

EU VERFASSUNGSPROZESS: AUSSCHUSS FÜR ROADMAP

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen hat am 21.05.2007 mit großer Mehrheit (20:2) den Europäischen Rat im Juni aufgefordert, für die institutionellen Reformen eine Regierungskonferenz einzusetzen und einen Fahrplan (Roadmap) mit einem Verfahren, einem klaren Mandat und dem Ziel einer Einigung bis Ende 2007 festzulegen. Dabei soll der Inhalt des Verfassungsvertrages als Grundlage dienen, jedoch gegebenenfalls in einer anderen „Präsentation“. Die Ratifizierung des neuen Vertrages soll sodann bis Ende 2008 abgeschlossen werden. Die Abstimmung über den Bericht ist für das Miniplen in Brüssel am 07.06.2007 vorgesehen.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/committees/reports.do?committee=2364&language=DE>

BULGARIEN: WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Aus den Wahlen für die Bulgarien zustehenden 18 Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 20.05.2007 ist die neue bürgerliche Oppositionspartei GERB (21,69%) knapp vor der regierenden Sozialistischen Partei (21,41%) als Sieger hervorgegangen. Beide Parteien stellen je fünf Abgeordnete. Die mitregierende Partei der türkischen Minderheit (DPS) kam auf 4 Mandate (20,26%), die ATAKA-Partei auf 3 (14,20%) und die Nationale Bewegung des Ex-Königs Simeon II. auf 1 Mandat (6,27%).

Geschäftsbereich _____ Staatsministerium des Inneren

KOMMISSIONSMITTEILUNGEN ZUR EINWANDERUNGSPOLITIK, VOR ALLEM ZUR ZIRKULÄREN MIGRATION

Die Kommission hat ein „Migrationspaket“ angenommen. Dazu gehören die Mitteilungen „Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der EU und Drittstaaten“ und „Anwendung des Gesamtansatzes zur Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union“. Mit weiteren Vorschlägen zur Asylpolitik (Juni) und

zur legalen Einwanderung (September) werden diese Initiativen 2007 vorgesehenen Schwerpunkt „Einwanderung“ bilden.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0248de01.pdf

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0247de01.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT SANKTIONEN FÜR ARBEITGEBER ILLEGALER EINWANDERER VOR

Auch der „Richtlinienvorschlag über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen“, gehört zu dem Migrationspaket. Die im Mitentscheidungsverfahren anzunehmende Richtlinie soll die illegale Beschäftigung illegaler Zuwanderer unterbinden und damit einen wesentlichen Anreizfaktor für illegale Einwanderung bekämpfen.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0249de01.pdf

„ZUKUNFTSGRUPPE“ DER EU-INNENMINISTER DISKUTIERT IN ELTVILLE GRENZSCHUTZFRAGEN

Am 20./21.05.2007 traf in Eltville/Hessen erstmals die von Bundesinnenminister Schäuble einberufene hochrangige beratende Gruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik zusammen. Sie soll Überlegungen für ein Programm zur Fortführung des 2009 auslaufenden Haager Programms erarbeiten. Im Mittelpunkt der ersten Sitzung stand das Thema Außengrenzschutz.

INFORMELLES TREFFEN DER EU-BAUMINISTER IN LEIPZIG

Bundesbauminister *Tiefensee* hat die für Stadt- und Raumentwicklung zuständigen Minister der EU-Staaten zu einem informellen Ministertreffen über Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt in Leipzig eingeladen. Ziel war, Städte und Regionen in den EU-Politiken zu stärken. Die Minister nahmen Grundlagenpapiere mit gemeinsamen Prinzipien und Handlungsstrategien an: die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ und die „Territoriale Agenda der EU“.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995332/Leipzig-Charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-Stadt-Endgueltiger-Entwurf-2.-Mai-2007.pdf

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995372/Territoriale-Agenda-der-EU-Endgueltiger-Entwurf.pdf

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_de.htm

FRONTEX: KÜSTENPATROUILLENETZWERK EINSATZBEREIT

Die Europäische Grenzschutzagentur hat bekannt gegeben, dass ein zur Koordinierung von Seepatrouillen gebildetes Netzwerk aus FRONTEX sowie Griechenland, Frankreich, Italien, Malta, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern seine Tätigkeit an Küsten in Atlantik und Mittelmeer beginnt, um die illegale Einwanderung auf dem Seeweg wirksamer zu verhindern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/702&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

SCHENGEN-ERWEITERUNG UND LEGALE EINWANDERUNG „TOP-PRIORITÄTEN“ DER PORTUGIESISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Der portugiesische Innenminister Costa hat die Erweiterung des Schengenraums um die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten und die Organisation „legaler Zugangswege“ in die EU als (innenpolitische) Hauptschwerpunkte der Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2007 bezeichnet.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 21./22.05.2007: JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK

1. Verbraucherkreditrichtlinie: Politische Einigung
2. Finanzielle Vorausschau des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt: Gebührensenkung gefordert
3. Verordnung Rom I: Kritik an Regelung für Verbraucherverträge

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/intm/94215.pdf

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 21.-24.05.2007: BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

In einer Empfehlung vom 24.05.2007 an den Rat hat sich das Europäische Parlament für die Entwicklung eines strategischen Konzepts zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens ausgesprochen.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/ta/calendar.do?language=DE>

KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR BEKÄMPFUNG DER INTERNETKRIMINALITÄT VOR

Die Europäische Kommission hat am 22.05.2007 eine Mitteilung angenommen, in der sie eine allgemeine europäische Politik zur Bekämpfung der Internetkriminalität formuliert. Genannt werden insbesondere vier Bereiche bzw. Instrumente zur Bekämpfung der Internetkriminalität: Verstärkung der operativen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden, Ausbau der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten und weitere Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0267de01.pdf

VERORDNUNG ROM II: EINIGUNG IM VERMITTLUNGSVERFAHREN

Der Vermittlungsausschuss hat am 15.05.2007 unter Vorsitz von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und EP-Vizepräsidentin Mechthild Rothe (SPE, D) nach intensiven Beratungen eine Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ROM II) erzielt. Die Einigung muß nun noch vom Parlament und vom Rat bestätigt werden.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/misc/94211.pdf

DRITTE KONSULTATION ZU AKTIONÄRSRECHTEN EINGELEITET

Die Europäische Kommission hat ihre dritte öffentliche Konsultation im Bereich der Aktionärsrechte eingeleitet; Stellungnahmen zu dem (englischen) Konsultationsdokument können bis 27. Juli 2007 bei der Generaldirektion Binnenmarkt eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/shareholders/indexa_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KOMMISSION EMPFIEHLT EINSTELLUNG DES DEFIZITVERFAHRENS GEGEN DEUTSCHLAND

Die Kommission hat am 16.05.2007 empfohlen, das Defizitverfahren gegen Deutschland einzustellen. Auf der Grundlage der jüngsten Frühjahrsprognose vom 02.05.2007 ist sie zu dem Ergebnis gelangt, dass Deutschland das übermäßige Haushaltsdefizit glaubwürdig und nachhaltig korrigiert habe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/672&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ERWEITERUNG DER EUROZONE UM ZYPERN UND MALTA

Die Kommission hat am 16.05.2007 auf der Grundlage ihrer Konvergenzberichte vorgeschlagen, die Eurozone um Zypern und Malta zu erweitern. Sie kam zu dem Schluss, dass beide Staaten einen hohen Grad an dauerhafter wirtschaftlicher Konvergenz mit den Mitgliedstaaten der Eurozone erreicht haben und die Konvergenzkriterien für die Einführung des Euro erfüllt sind. Auch die EZB hält die Konvergenzkriterien für weitgehend erfüllt, wie aus ihrem Konvergenzbericht folgt. Endgültig entscheiden wird der ECOFIN-Rat im Juli nach Anhörung des EP und nach der Beratung der Staats- und Regierungschefs während des Europäischen Rats im Juni.

Die Konvergenzberichte der Kommission können abgerufen werden unter:

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/convergencereports_en.htm

Der Konvergenzbericht der EZB findet sich unter:

<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr200705de.pdf>

EP: KEINE EINIGUNG AUF BERICHT ZUR ANNÄHERUNG DER ALKOHOLSTEUERSÄTZE

Eine knappe Mehrheit des EP stimmte am 23.05.2007 gegen den abgeänderten Bericht von MdEP *Lulling* (EVP-ED/L) zur „Anhebung der Verbrauchsteuersätze auf Alkohol und alkoholische Getränke“ (s. auch EB 07/07). Der Bericht bezieht sich auf den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 92/84/EWG über die Annäherung der Verbrauchsteuersätze auf Alkohol und alkoholischen Getränken. Da sich die Kommission zu diesem Votum nicht äußerte, wurde der Bericht automatisch an den Ausschuss zurückgewiesen.

KOMMISSION ERHÄLT MANDAT, MIT SCHWEIZ ÜBER STEUERPRIVILEGIEN FÜR HOLDINGS ZU VERHANDELN

Die Außenminister erteilten der Kommission am 14.05.2007 ein Mandat, mit der Schweiz über Steuerprivilegien von Holdings zu verhandeln. Die Schweizer Kantone können Gewinne vollständig oder teilweise von der kantonalen und kommunalen Unternehmenssteuer befreien. Davon profitiert haben insbesondere ausländische Holdinggesellschaften, die in der Schweiz wirtschaftlich nicht aktiv sind. Die Kommission sieht darin eine unzulässige Staatsbeihilfe. Die Schweiz widerspricht dieser Sichtweise.

KOMMISSIONSWEBBSITE INFORMIERT ÜBER NATIONALE STEUERREGELN

Die Kommission stellt eine Online-Datenbank (Steuern in Europa) den Bürgern und Unternehmen kostenlos zur Verfügung. Darin sind Informationen über die wichtigsten in den Mitgliedstaaten geltenden Steuern enthalten.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/info_docs/tax_inventory/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 21. UND 22. MAI 2007

Bei seiner Tagung am 21. und 22. Mai 2007 ist der Wettbewerbsfähigkeitsrat zu einer politischen Einigung über eine Richtlinie über Verbraucherkreditverträge gelangt (s. Zuständigkeitsbereich StMJ). Er hat außerdem Schlussfolgerungen zur Industriepolitik in den Bereichen Automobil, Biotechnologie, Schiffbau und Informations- und Kommunikationstechnologien angenommen. Des Weiteren hat er eine Entschließung über die europäische Raumfahrtspolitik verabschiedet, mit der nun erstmals ein Rahmen für eine politische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene festgelegt wird.

http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsroom/LoadDocument.asp?directory=en/intm/&filename=94184.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET TEN-FINANZ-VERORDNUNG

Das Europäische Parlament hat am 23. Mai 2007 die Regeln für die Vergabe der EU-Mittel für die Projekte der transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze (TEN) verabschiedet. Die Verordnung gibt die Regeln vor, nach denen die ca. 8 Mrd. € für die Periode 2007 – 2013 vergeben werden. Formell muss die Verordnung nun noch vom Ministerrat gebilligt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0198+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Amtsblatt C 115:

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:115:SOM:DE:HTML>

KOMMISSION STELLT VIERTEN BERICHT ÜBER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT VOR (KOHÄSIONSBERICHT)

Die Kommission hat am 30. Mai 2007 den vierten Kohäsionsbericht vorgestellt und ein positives Fazit der Regionalförderung von 2000 - 2006 gezogen. Dabei stellt der Bericht erstmalig die wirtschaftliche und soziale Situation der erweiterten EU mit 27 Mitgliedstaaten und 268 Regionen dar. Der Bericht enthält eine detaillierte Analyse der Lage der Regionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie dem BIP, Produktivität und Beschäftigung sowie eine Beschreibung der Herausforderungen, mit denen die EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren konfrontiert werden (z. B. demographischer Effekt und Klimawandel).

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion4/index_en.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION NIMMT MITTEILUNG ÜBER FORTSCHRITTE BEIM PROGRAMM GALILEO AN

Die Europäische Kommission hat am 16. Mai 2007 eine Mitteilung über die Fortschritte beim Satelliten-Navigationsprogramm Galileo verabschiedet. Um das Satelliten-Navigationssystem noch bis 2012 in Betrieb nehmen zu können, soll die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor neu ausgerichtet werden. Die Kommission schlägt hierzu mögliche Szenarien zur Realisierung vor. Der Verkehrsministerrat soll am 7./8. Juni 2007 über die Zukunft und die Ausrichtung des Projekts entscheiden.

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/galileo/whatsnew/index_en.htm

KOMMISSION SCHLÄGT STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT DER EU MIT BRASILien VOR

Die Europäische Kommission hat am 30. Mai 2007 vorgeschlagen, auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen EU und Brasilien am 4. Juli 2007 in Lissabon eine strategische Partnerschaft zu starten. Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit sollten nach Auffassung der Kommission Energie, Seeverkehr und regionale Entwicklung sein.

http://ec.europa.eu/external_relations/brazil/intro/index.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT NIMMT ZUR EU-HANDELS-STRATEGIE DER KOMMISSION STELLUNG

In seiner Plenarsitzung am 22. Mai 2007 hat das Europäische Parlament zur EU-Handelsstrategie der Kommission Stellung genommen und u. a. die Intensivierung des Wettbewerbs im Binnenmarkt, eine gestärkte EU – USA-Partnerschaft und den Abbau von

nichttarifären Handelshemmnissen gefordert. Nach Ansicht des Parlaments seien Reformen im System der Welthandelsorganisation ebenso notwendig wie der Schutz des geistigen Eigentums.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/026-6854-141-05-21-903-20070516IPR06756-21-05-2007-2007-false/default_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

VEREINFACHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ZUR ABSATZFÖRDERUNG VON AGRARERZEUGNISSEN

Am 23.05.2007 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für einen einheitlichen Rechtsrahmen zur Absatzförderung von Agrarerzeugnissen vorgelegt. Im Kern des Vorschlages sollen die beiden bisherigen Rechtstexte zu einem zusammengefasst und Vorschriften harmonisiert werden.

http://www.ec.europa.eu/agriculture/index_de.htm

INFORMELLER AGRARRAT IN MAINZ: AGRARKOMMISSARIN MARIANN FISCHER BOEL FORDERT ERHÖHUNG DER OBLIGATORISCHEN MODULATION

Im Rahmen des informellen Treffens der Europäischen Agrarminister vom 20.-22. Mai in Mainz unterstrich EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel in ihrer Rede die große Bedeutung der ländlichen Regionen für die Entwicklung Europas. Um diese Regionen weiterzuentwickeln schlägt Fischer Boel vor, den Anteil der obligatorischen Modulation zugunsten von Strukturhilfen im ländlichen Raum zu erhöhen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/322&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

MONITORING AGRI-TRADE POLICIY (MAP) - ENTWICKLUNGEN AM INTERNATIONALEN AGRARMARKT

Die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat im Mai ihren aktuellen Newsletter "Monitoring Agri-trade Policy (MAP)" veröffentlicht. Der Bericht zeigt die wesentlichen Veränderungen in den Agrarmärkten im Jahr 2006 und prognostiziert die Entwicklung für den kommenden 10-Jahreszeitraum. Nach dem Bericht steigen seit 2005 die Preise an. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

<http://www.ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/258.htm>

FISCHER BOEL UNTERSTREICHT DIE BEDEUTUNG DER ICT UND BREITBANDTECHNOLOGIE FÜR LÄNDLICHE REGIONEN

Agrarkommissarin Fischer Boel sieht es als eine wichtige Aufgabe der Politik, die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und der Breitbandtechnologie für die Entwicklung der ländlichen Regionen zu fördern. Darauf wies sie auf der Konferenz „Die Lücke der Breitbandtechnologie schließen“, am 15. Mai in Brüssel hin. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist die Entwicklung des gesamten ländlichen Raumes (zweite Säule) erklärtes Ziel und damit auch die Weiterentwicklung der ICT eine wichtige Aufgabe.

http://ec.europa.eu/information_society/istevent/broadband_gap_2007/cf/conference-detail.cfm?id=1110#cmnt6743

VERANSTALTUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT: „THE FUTURE OF EUROPEAN BIOENERGY INDUSTRIES“

Zu einem Seminar „Die Zukunft der Bioenergieindustrien in Europa“ lud die ALDE-Fraktion (Alliance of Liberals and Democrats for Europe) am 14.5.2007 ins Europäisches Parlament ein. Alle Referenten waren sich einig, dass die Ziele im Fahrplan der EU für erneuerbare Energien sehr ehrgeizig gesteckt sind. Voraussetzungen für die Zielerreichung seien die ausschließliche Förderung von energie- und volumeneffiziente Technologien, die Bereitschaft der Industrie, in diese Technologien zu investieren, Planungssicherheit von Seiten der Politik und nicht zuletzt die Marktentwicklung.

STAATSMINISTER JOSEF MILLER BEI „JETZT RED I, EUROPA“

Gemeinsam mit MdEP *Dr. Silvana Koch-Mehrin* (FDP) und *Michael Mann*, Pressesprecher von Kommissarin *Fischer Boel* stand Staatsminister *Josef Miller* in der Bayerischen Vertretung in Brüssel bei „Jetzt red i, Europa“ Rede und Antwort. Agrarpolitische Themen waren die Güllelagerung sowie die Zukunft der Milchwirtschaft im

ORGANSPENDE UND TRANSPLANTATION: KOMMISSION WILL SPENDEBEREITSCHAFT ERHÖHEN – EU-RICHTLINIE ANGEKÜNDIGT

Die EU-Kommission hat die öffentliche Konsultation von 2006 ausgewertet und am 30. Mai 2007 eine Mitteilung zur Organspende und Transplantation vorgelegt. Ziel ist, das Angebot von Spenderorganen zu steigern, die Qualität und Sicherheit bei Organspenden zu erhöhen, durch den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten Transplantationsverfahren effizienter zu gestalten, und den Organhandel zu bekämpfen. Geplant ist darüber hinaus eine EU-Richtlinie auf der Grundlage von Artikel 152 EG-Vertrag. Laut einer Eurobarometer-Umfrage verfügen lediglich 12 Prozent der Europäer über einen Organspendeausweis.

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/human_substance/oc_organs/oc_organs_de.htm

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND ERWERBSTÄTIGKEIT: ZWEITE STUFE DER ANHÖRUNG DER SOZIALPARTNER ERÖFFNET

Zur Frage der verbesserten Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit hat die EU-Kommission am 30. Mai 2007 die zweite Stufe der Anhörung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern eingeleitet. Die Sozialpartner werden darin u.a. aufgefordert, Stellung dazu zu nehmen, wie ein Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, ein Austausch bewährter Praktiken und die Schaffung von flexiblen Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Zudem sollen Männer ermutigt werden, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit in Anspruch zu nehmen. Die Berichte der Sozialpartner sollen bis März 2008 vorliegen.

http://ec.europa.eu/employment_social/social_dialogue/consultations_de.htm

GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGEN: EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET INITIATIVBERICHT MIT BREITER MEHRHEIT

Mit einer deutlichen Mehrheit angenommen hat das Europäische Parlament (EP) bei seiner Plenartagung am 23. Mai 2007 den Initiativbericht über „Auswirkungen und Folgen der Ausklammerung der Gesundheitsdienste aus der Richtlinie über die Dienstleistungen im Binnenmarkt“. Die Parlamentarier dokumentierten damit das Bestreben, Patienten einen weitest möglichen Zugang zu Gesundheitsdiensten überall in Europa zu garantieren. Die vom zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zuvor empfohlene Wiedereingliederung der Gesundheitsdienste in die Dienstleistungsrichtlinie wurde nicht aufrecht erhalten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2007-0201&language=DE>

„MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE“: MINDESTLÖHNE UND HARMONISIERUNG DER EUROPÄISCHEN RENTENSYSTEME THEMATISIERT

Das Europäische Parlament hat am 23. Mai 2007 die nicht-legislative Entschließung „Menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ verabschiedet. Darin forderten die Europaabgeordneten die EU-Mitgliedsländer und Bewerberstaaten auf, Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu ratifizieren und umzusetzen. Zudem werden eine stärkere Harmonisierung der Alterssicherungssysteme und die Einführung von Mindestlöhnen thematisiert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2007-0206&language=DE>

SCHUTZ FÜR KINDER UND JUGENDLICHE: EUROPÄISCHES FORUM FÜR DIE RECHTE DER KINDER KONSTITUIERT SICH

Die Europäische Kommission hat am 25. Mai 2007 zum dritten Mal in Folge den „Internationalen Tag der vermissten Kinder“, eine Initiative des europäischen Verbands für vermisste und sexuell ausgebeutete Kinder, unterstützt. Teil der Strategie zum Schutz von Kindern und Jugendlichen bildet das „Europäische Forum für die Rechte des Kindes“, das sich am 4. Juni 2007 im Beisein des EU-Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit, *Franco Frattini*, in Berlin konstituieren soll.

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/frattini/index_de.htm

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0367de01.pdf

EUGH: GENERALANWALT STÄRKT MIT SCHLUSSANTRAG RECHTE DER GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften dürfen durch Solidaritätsmaßnahmen und Blockaden Dienstleister aus anderen Mitgliedstaaten zur Zahlung eines im Gastland üblichen Lohnes zwingen, falls dort kein System besteht, Tarifverträge als allgemeinverbindlich zu erklären. Nach einem Schlussantrag des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), *Mengozi*, müssen die Aktionen der Gewerkschaften jedoch verhältnismäßig sein und in Zielen des Allgemeininteresses bestehen. Die Verhältnismäßigkeit der Aktionen müsse von nationalen Gerichten entschieden werden (C-341/05).

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070037de.pdf>

BILDUNG: ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 25.05.2007

Die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten haben im Rahmen ihrer Ratstagung am 25.05.2007 Schlussfolgerungen zu einem kohärenten Rahmen für Indikatoren und europäische Durchschnittsbezugswerte (*benchmarks*) angenommen und eine Aussprache über Bildungsforschung geführt. A und L thematisierten unter Bezugnahme auf den Hochschulbereich und auf der Grundlage eines Informationsvermerks das Spannungsverhältnis zwischen der gebotenen Einhaltung vertraglicher Bestimmungen (Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für den Bildungsbereich) und der Anwendung von Gemeinschaftsrecht im Bereich des Binnenmarkts auf Einzelaspekte der Bildungssysteme. Der künftige portugiesische Ratsvorsitz stellte sein Arbeitsprogramm vor.

ERGEBNISSE DES GENERALDIREKTORENTREFFENS FÜR BERUFLICHE BILDUNG AM 21/22.05.2007 IN HAMBURG

Die Generaldirektoren für berufliche Bildung haben sich unter Vorsitz der Hamburger Senatorin für Bildung und Sport *Dinges-Dierig* mit der Entwicklung des Kopenhagen-Prozesses nach 2010 sowie mit einer ersten Auswertung der ECVET-Konsultation befasst.

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EINE EMPFEHLUNG ZUR QUALITÄT DER LEHRERBILDUNG VORAUSSICHTLICH IM JULI 2007

Die Europäische Kommission wird voraussichtlich im Juli 2007 ihren seit April 2006 immer wieder verschobenen Vorschlag für eine Empfehlung zur Qualität der Lehrerbildung veröffentlichen.

SPORT: WEISSBUCH SPORT VORAUSSICHTLICH IM JULI 2007

Die Europäische Kommission plant, im Juli 2007 ein auf der Grundlage der Ergebnisse einer Internet-Konsultation erarbeitetes Weißbuch zum Sport vorzulegen, in dem sie sich u. a. durch die Annahme eines Aktionsplans Sport durch die Mitgliedstaaten für eine Stärkung der EU-Kooperation in diesem Bereich, der sich bisher einer spezifischen gemeinschaftlichen Kompetenz entzieht, ausspricht.

FORSCHUNG: ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 21. UND 22.05.2007 IN BRÜSSEL

Zur europäischen Raumfahrtspolitik, zu der auch die europäische Forschung wichtige Beiträge liefert, führten die zuständigen EU-Minister unter Vorsitz des Koordinators der deutschen Bundesregierung für die Raumfahrtpolitik und Vertreters des deutschen EU-Ratsvorsitz, *Peter Hintze*, einen Gedankenaustausch. Der Rat bestätigte ferner, nun unter dem Vorsitz von BMin für Bildung und Forschung, *Dr. Annette Schavan*, die auf dem Informellen Rat im März in Würzburg getroffenen Eckpunkte zum Vorschlag der Kommission zum Europäischen Technologieinstitut. Forschungskommissar *Janez Potočnik* schließlich stellte den Ratsmitgliedern die beiden Mitte Mai von der KOM angenommenen Vorschläge für Gemeinsame Technologieinitiativen nach Art. 171 EGV vor: ARTEMIS (Advanced Research and Technology for Embedded Intelligence and Systems) und IMI (Innovative Medicine Initiative). Zum Grünbuch der Kommission „Der Europäische Forschungsraum: Neue Perspektiven“ fasste die deutsche Ratspräsidentschaft nochmals die Ergebnisse des Informellen Rates in Würzburg zusammen. Abschließend befassten sich die Forschungsminister noch mit der europäischen Roadmap für Forschungsinfrastrukturen, einer vom Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI) erstellten Liste (ESFRI-Liste).

KULTUR: ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR BILDUNG, JUGEND UND KULTUR AM 24. UND 25.05.2007 IN BRÜSSEL

Wesentliche Ergebnisse der Tagung waren hier u. a. die Annahme von Ratsschlussfolgerungen über den „Beitrag des Kultur- und Kreativbereiches zur Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie“, die Vorstellung der KOM-Mitteilung über eine „europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ durch Kommissar *Jan Figel* sowie die Auslosung von GR und IRL als diejenigen Länder, die für die nächste Auswahl- und Überwachungsjury 2007-2009 je einen Experten für die Gemeinschaftsaktion „Kulturhauptstadt Europas“ vorschlagen dürfen. Schließlich gab die portugiesische Kulturministerin noch eine Vorausschau auf das Programm im kulturellen Bereich unter der nachfolgenden portugiesischen Ratspräsidentschaft ab Juli 2007.

FILMFESTIVAL VON CANNES: VON DER EU UNTERSTÜTZTE FILME ERFOLGREICH

Von den 11 durch das EU-Programm „MEDIA“ geförderten und für den Wettbewerb in Cannes vorgeschlagenen Filmen wurden die Filme „Auf der anderen Seite des Lebens“ (von Fatih Akin, deutscher Beitrag) und „Persepolis“ (von Marjane Satrapi) mit Preisen ausgezeichnet.

BILDUNG: ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR BILDUNG, JUGEND UND KULTUR AM 24. UND 25.05.2007 IN BRÜSSEL

Die für Bildung zuständigen Minister diskutierten über die Gestaltung von Bildungspolitik auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse (s. dazu auch Ziffer I.2 im Bericht des StMUK in diesem EB). Die österreichische Delegation unter Leitung des BM für Wissenschaft und Forschung thematisierte die Frage der Zuständigkeit der MS für die Regelung der nationalen Hochschulzugangsberechtigung und kritisierte dabei, die EU stelle das Prinzip der Niederlassungsfreiheit über den Grundsatz der nationalen Bildungskompetenz.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 21. – 24.05.2007 IN STRAßBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

In seiner Sitzung vom 21. – 24.05.2007 verabschiedete das Europäische Parlament verschärfende Änderungen zur Richtlinie über Umweltqualitätsnormen in der Wasserpolitik, unterstützte die Biodiversitäts-Initiative der Kommission, diskutierte den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und stimmte einem Kompromiss zur Roaming-Verordnung zu, die die Tarife für Mobilfunkgespräche im Ausland noch in diesem Sommer senken wird.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/ta.do?language=DE>

MINISTERRAT BILLIGT EURO 5 UND EURO 6 STANDARD FÜR KRAFTFAHRZEUGE

Der Ministerrat hat am 30.05.2007 die Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Emissionen und über den Zugang zu Reparaturinformation für Kraftfahrzeuge (KOM 2005, 683) formell angenommen und dabei alle vom Parlament in 1. Lesung vorgenommenen Änderungen akzeptiert.

Kern der Verordnung ist die Einführung des Euro 5 und Euro 6 Standards für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge, d.h. strengerer Emissionsbegrenzungen insbesondere für Stickstoffoxid (NOx), Kohlenwasserstoffe und Feinstaub.

http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=193714

EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUM THEMA „RAUCHEN“

Vor dem Hintergrund des Weltnichtrauchertags am 31.05.2007 hat die Europäische Kommission eine Eurobarometer-Umfrage zum Thema „Rauchen“ veröffentlicht. Der Umfrage zufolge befürworten die meisten EU-Bürger (EU-25) Maßnahmen zur Eindämmung des Rauchens: 88 % sind für ein Verbot des Rauchens in Büroräumen, an geschlossenen Arbeitsplätzen und öffentlichen geschlossenen Räumen wie U-Bahn, Flughafen und Geschäfte. 62 % befürworten ein Rauchverbot in Kneipen, 77% in Restaurants. Zum Konsumverhalten erklärt die Studie: 32 % der EU-Bevölkerung sind Raucher, fast ein Drittel hat aber im letzten Jahr versucht, das Rauchen aufzugeben. Mehr als 70 % haben spätestens nach zwei Monaten wieder damit angefangen.

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/Documents/ebs272c_en.pdf

ORGANSPENDE UND TRANSPLANTATION: KOMMISSION WILL SPENDBEBEREITSCHAFT ERHÖHEN – EU-RICHTLINIE ANGEKÜNDIGT

Die EU-Kommission hat am 30. Mai 2007 eine Mitteilung zur Organspende und Transplantation vorgelegt. Ziel ist, das Angebot von Spenderorganen zu steigern, die Qualität und Sicherheit bei Organspenden zu erhöhen, durch den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten Transplantationsverfahren effizienter zu gestalten, und den Organhandel zu bekämpfen. Geplant ist darüber hinaus eine EU-Richtlinie auf der Grundlage von Artikel 152 EG-Vertrag. Laut einer Eurobarometer-Umfrage verfügen nur 12 % der EU-Bürger über einen Organspendeausweis (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/human_substance/oc_organs/oc_organs_de.htm

WEISSBUCH DER EU-KOMMISSION ZU ERNÄHRUNG UND ÜBERGEWICHT

Die Europäische Kommission hat am 30.05.2007 ein Weißbuch "Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa" veröffentlicht. Sie ruft darin Lebensmittelindustrie, Verbände, Einrichtungen des Gesundheitswesens und Verbraucherorganisationen zu verstärktem Handeln und verstärkter Kooperation auf und plant für das Jahr 2010 einen Bericht über die Fortschritte und Leistungen aller Akteure. Insbesondere wird die Lebensmittelindustrie aufgefordert, die Zusammensetzung ihrer Produkte zu ändern, damit sich Verbraucher für gesunde Produkte entscheiden können. Auch eigene Handlungsoptionen der Kommission wie eine Überarbeitung der Nährwertkennzeichnung werden genannt.

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/nutrition/documents/nutrition_wp_de.pdf